

Leserbrief

Sächsische Landesärztekammer
Redaktion Ärzteblatt Sachsen
23. 3. 2006

Offener Brief von Prof. Bigl

Sehr geehrter Herr Prof. Bigl,
Mit Freude und Erleichterung habe ich in der Nr. 3/2006 des ÄBS Ihren offenen Brief sowie den Abdruck aus der Zeitschrift „Kinder- und Jugendarzt“ gelesen. Endlich wird eine Diskussion eröffnet, die einen unhaltbaren Zustand in der deutschen Ärzteschaft beenden könnte. Die Impfgegnerschaft einiger Kolleginnen und Kollegen schädigt das Ansehen des gesamten Standes und verunsichert in erheblichem Maße einen großen Teil der Elternschaft.

In meiner Funktion als Landesvorsitzender des Deutschen Kinderschutzbundes (DKSB) in Sachsen habe ich im Rahmen von Elternbildungsprogrammen viele Diskussionen mit Eltern geführt, wie sie das Wohl ihrer Kinder und ein gesundes Aufwachsen gestalten können. Immer war die Notwendigkeit von Impfungen und die Einhaltung des Impfkalenders auch einer der Diskussionspunkte.

Häufig ist es mir widerfahren, dass nach langer Diskussion, als alle Gegenargumente widerlegt schienen, Eltern auf die impfablehnende Haltung ihres Kinder- oder Hausarztes verwiesen. Die Meinung eines Arztes des Vertrauens war diesen Eltern wichtiger als die eines ihnen fremden Vortragenden. Ich fühlte mich brüskiert, gedemütigt und unausgesprochen der Lüge bezichtigt. Ich hatte nur zwei Möglichkeiten, um mit einer solchen Situation fertig zu werden: Entweder ich schluckte die Demütigung herunter oder ich zweifle die Qualifikation der genannten Ärzte als Impfpärzte an. Meist schluckte ich, auch weil ich die Verunsicherung von Eltern nicht noch vergrößern oder gar die Compliance gegenüber dem Hausarzt verringern wollte.

Da ich in den vergangenen zehn Jahren keine wirksamen Aktivitäten sowohl der ärztlichen Selbstverwaltungsorgane noch

der staatlichen Aufsichtsbehörden gegen das öffentliche und verdeckte Auftreten von Impfgegnern erkennen konnte, musste ich den Status einer gewollten oder ungewollten staatlich sanktionierten Kindeswohlgefährdung konstatieren.

Ich begrüße deshalb jede Form von Einschränkung der Meinungsfreiheit für Personen, die die wissenschaftlichen Grundlagen ihres Faches verlassen haben und bitte gleichzeitig zu prüfen, ob die auf die Impfung bezogene Einschränkung der Meinungsfreiheit auch auf die nichtärztlichen Homöopathen und Naturheilkundler ausgedehnt werden kann.

Ich sehe einen sehr engen Zusammenhang zwischen der angestoßenen Diskussion zum Impfschutz und dem gegenwärtig sehr intensiven Meinungsaustausch zwischen der Politik und Fachleuten verschiedener Professionen über die Schaffung eines sozialen Frühwarnsystems zur Erkennung von Kindesvernachlässigungen und Kindeswohlgefährdungen. Wir benötigen Hilfestellungen für Eltern und andere durch eine gute, umfassende und wissenschaftlich begründete Information und Aufklärung und keine zusätzlichen Verunsicherungen.

Schließlich bitte ich zu prüfen, ob die immer wieder geäußerte Furcht vor Impfkomplicationen insofern nicht unbegründet ist, als die Statistiken des Europabüros der WHO in den vergangenen Jahren für Deutschland im westeuropäischen Vergleich eine deutlich höhere Komplikationsrate ausgewiesen hat. Sollte dieser Sachverhalt immer noch gegeben sein, wäre eine Ursachenforschung wünschenswert, um in Zukunft die Komplikationsrate zu verringern.

Mit freundlichen Grüßen

Doz. Dr. med. habil. Jost Schönfelder
Vorsitzender des Deutschen
Kinderschutzbundes, LV Sachsen e.V.
Geschäftsstelle: Dresden,
Klopstockstraße 50